



Vierteljähriger Abonnement 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inseriengebühr für den Raum einer sechzehnseitigen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 162. Mittag-Ausgabe.

Siebziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenkendorf.

Sonnabend, den 5. April 1879.

Deutschland.

Berlin, 4. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Appellations-Rath von Bock zu Celle den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Architekten Heinrich Burnitz zu Frankfurt a. M. den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Obersten J. D. vom Berge und Herendorff, zuletzt à la suite des 2. Hanseatischen Infanterie-Regiments Nr. 76 und Commandeur des Herzoglich Braunschweigischen Infanterie-Regiments Nr. 92, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem ordentlichen Professor Dr. Stern an der Universität zu Göttingen und dem Banquier Georg von Heyder zu Frankfurt a. M. den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Mühlengutsbesitzer Emil Hilbert zu Maciejewo im Kreise Thorn den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Maurer Wilhelm Fischer zu Küll im Unterlahnkreise das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Mittmeister von Nazmer im 3. Garde-Ulanen-Regiment die Rettungs-Medaille in Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den bisherigen Ökonomie-Commissionen-Rath Otto zu Münster zum Regierungs- und Landes-Ökonomie-Rath ernannt.

Der Thierarzt Robert Edmund Adolf Bolle zu Freienwalde a. O. ist zum kommissarischen Kreis-Thierarzt des Ober-Barnimer Kreises ernannt worden.

Berlin, 4. April. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute den Polizei-Präsidenten von Madai, welcher den neu ernannten Branddirektor, Major a. D. Witte, vorstellt, nahm in Gegenwart des Gouverneurs von Berlin, Generals der Infanterie von Bösen, militärische Meldungen entgegen und hörte den Vortrag des Ministers des Königlichen Hauses, Freiherrn von Schleinitz.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war heute mit Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden in der Generalversammlung des Frauen-Lazarett-Vereins anwesend. (R.-Anz.)

© Berlin, 5. April. [Die Zollvorlage. — Die Haltung des Centrums. — Ministerrat. — Kassen-Controle. —

Statistische Tabellen zu den Jahresberichten der Eisenbahnen. — Lehranstalten mit der Berechtigung zur Zeugnis-Ausstellung für Einjährig-Freiwillige. — Handhabung der Bestimmungen des Gütertarifes. — Zölle und Verbrauchssteuern vom 1. April 1878 bis Ende Februar 1879.] Die Zollvorlage ist heut an den Reichstag gelangt, nachdem derselbe gestern in die Ferien gegangen ist; jedoch ist im letzten Moment, offenbar im Hinblick auf diese bereits erwartete Vorlage, beschlossen worden, daß etwaige Vorlagen abzulegen und den Mitgliedern nachgesandt werden sollen. Da an eine erste Beratung der Vorlage vor dem Eintritt der Ferien nicht mehr zu denken war, so ist durch die schon gestern erfolgte Vertragung des Reichstages eine Verzögerung in der Beratung der Vorlage nicht herbeigeführt worden, wohl aber kann in der Dauer der Ferien bis zum 28. April, also bis zum Ablauf von vollen 14 Tagen nach dem Osterfest, eine Verzögerung der Beratung nicht ganz ohne Grund gefunden werden. Diese langen Ferien werden von conservativer Seite vernehmlich um der Aussicht willen angesehen, daß dadurch der zweite Theil der Session weiter als nötig erschien in die heiße Jahreszeit hinausgerückt wird. So günstig sich auch die Verhältnisse für die Erledigung der Zollfragen im Reichstag gestellt zu haben scheinen, so werden sich doch die Beratungen über die Gesamtheit der betreffenden Vorlagen jedenfalls über das Pfingstfest hinaus erstrecken. Auf diese Weise darf man einer heissen Session in jeder Beziehung entgegensehen, aber auf den Abschluß der wirtschaftspolitischen Fragen in dieser Session zu rechnen fortfahren. — Die Offizießen reproducent den Artikel der „Nat.-Ztg.“, worin dieselben überschwänglichen Deutungen der Zusammenkunft des Abgeordneten Windthorst mit dem Fürsten Bismarck entgegentreten, dabei aber im Hinblick auf diese Thatsache sowohl wie auch der Haltung der „Germania“ gegenüber derselben konstatirt, wie weit der Höhepunkt des kirchlichen Kampfes bereits hinter uns liegt, nachdem der Standpunkt der Opposition um jeden Preis und in allen Dingen seitens der Centrumspartei aufgegeben ist. — Heute findet eine Sitzung des Staatsministeriums statt; man darf wohl annehmen, daß in derselben der Antrag der Bundesrathsausschüsse hinsichtlich der Tabaksbesteuerung zur Erörterung kommen wird. Das Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 21. März befohlen, daß, nachdem durch das Gesetz vom 29. Juni 1876 ein von nun an unter dem Zeitraum, in welchem nach der Alerhöchsten Cabinets-Ordre von 1823 jede Staatskasse nach Umständen einige Mal, wenigstens aber ein Mal unvermutet revidirt werden soll, nicht mehr das Kalenderjahr, sondern das Etatsjahr zu verstehen ist. — Der Handelsminister hat die Königliche Eisenbahn-Commissariate angewiesen, darauf zu halten, daß die Bahnverwaltungen ihres Geschäftsbereiches in den jährlichen, vorschriftsmäßig einzureichenden statistischen Tabellen zu den Geschäftsbüchern und zwar vom Betriebsjahr 1878 anfangend, ziffermäßig angeben, wie viel fixe und prozentuale Lantie oder Remuneration im Ganzen und im Einzelnen an die Mitglieder der Direction, des Aussichtsrates, des Verwaltungsrates oder Ausschusses und an Beamte unter Bezeichnung der einzelnen Dienststelle gezahlt ist und wo diese Ausgabenposten in den statistischen Tabellen verrechnet sind. Der Minister sagt, es bedürfe nicht der Bemerkung, daß ein völlig unrichtiger Vergleichungsmaßstab entstehe, wenn sehr bedeutende Ausgaben solcher Art gar nicht bei den Verwaltungskosten verrechnet würden. — In einer Bekanntmachung vom 25. März d. J. veröffentlicht der Reichskanzler ein Nachtragsverzeichniß solcher höherer Lehranstalten, welche zur Ausstellung gültiger Zeugnisse über die wissenschaftliche Bevölkerung für den einjährigen Freiwilligendienst berechtigt sind. Es sind dies in Preußen das Königliche Gymnasium zu Berlin, das Leibnizgymnasium zu Berlin, die Klinger-Schule zu Frankfurt a. M. und die höhere Bürgerschule zu Köln. — Der Minister für öffentliche Arbeiten hat in einem Erlass vom 1. April bestimmt, daß im Interesse einer übereinstimmenden Handhabung der Bestimmungen des Gütertariffs, betreffend die Festsitzung von Gebühren für das bahntechnische Auf- und Abladen von Gütern in Fällen der Umladung bei Weiter-Expedition, bezüglich bei Neuauflage einer Sendung über die ursprüngliche Bestimmungstatton hinaus eine Cumulativ-Berechnung der Ab- und der Ausladegebühr nur dann einzutreten hat, wenn zwei gesonderte Geschäfte entstehen. — Nach der Nachweisung der zum Unschreiben gelangten Einnahmen von Zöllen und Verbrauchssteuern im Deutschen Reich für die Zeit

vom 1. April 1878 bis Ende Februar 1879 betrug die Einnahme an Zöllen 105,097,754 M., an Rübenzuckersteuer 71,047,548 M., an Salzsteuer 33,162,619 M., an Tabaksteuer 1,129,773 M., an Branntweinsteuer 44,542,713 M., an Übergangsabgabe von Branntwein 101,702 M., an Brausteuer 15,513,879 M., an Übergangsabgabe von Bier 857,993 M., Gesamtsumme 271,453,981 M. Es bleiben für die Reichskasse nach Abzug der Bonificationen 244,800,318 M. In demselben Zeitraum des Vorjahrs wurden eingenommen 245,334,373 Mark, mithin beträgt die Differenz 543,055 M. Dieselbe ist gegen die bei den früheren Monaten angestellte Vergleichung verschwindend klein. Dieser Umstand ist besonders der Branntweinsteuer, welche einen Betrag von 1,710,825 M. ergibt, zuzuschreiben.

= Berlin, 4. April. [Der neue Zollvereinstarif und dessen Beratung im Reichstage. — Antrag Mecklenburgs. —

Die Tabakssteuer-Vorlagen.] Der neue Zollvereinstarif, wie er gestern im Bundesrat festgestellt worden, ist sofort nach beendeter Sitzung dem Präsidenten des Reichstages übermittelt worden, nach dessen Anordnung der Druck und die Vertheilung an die Mitglieder verfügt worden ist. Durch den Bundesrathbeschluß ist die Bestimmung in den Tarif hineingekommen, daß in allen Fällen, in denen das Ausland andere Staaten in Bezug auf die Zölle besser behandelt als Deutschland, der Bundesrat die Befugnis haben soll, für den betreffenden auswärtigen Staat Zölle zu verdoppeln. — Die übrigen angenommenen Anträge zu dem Tarif sind unerheblich. Es wird angenommen, daß die erste Beratung des Tarif im Reichstage noch vor Ablauf dieses Monats stattfinden wird. In bundesrathlichen Kreisen ist es nicht unbemerklich geblieben, daß in den Bundesrathssitzungen über den Tarif weder der preußische Finanz-Minister, noch der Handels-Minister, noch der General-Director der indirekten Steuern Geh. Rath Hasselbach, noch endlich der Ministerial-Director im Finanz-Ministerium Meinecke anwesend waren und die preußische Regierung nur durch den Reichskanzler und den Präsidenten des Reichskanzleramts Hofmann vertreten wurde. Es ist hierbei zu bemerken, daß die sämmtlichen Mitglieder der Heidelberg-Conferenzen, soweit sie dem Bundesrat angehören, sich z. B. in Berlin befinden und mit Ausnahme des preußischen Finanzministers Hobrecht den Beratungen über den Zolltarif beigewohnt haben. — Die Regierung von Mecklenburg-Schwerin hat jetzt über die Veranlagung der Gewerbesteuer für die Rübenzuckerfabriken einen Antrag an den Bundesrat gerichtet. Es hat sich nämlich zwischen dieser Regierung und dem Reichskanzler über die Frage, ob die Veranlagung der Gewerbesteuer für Rübenzuckerfabriken an die, an die Fabrikanten gezahlte Reichssteuer angelehnt werden könnte, eine Meinungsverschiedenheit ergeben. Der Reichskanzler übergab das Schreiben dem Ausschuß des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen mit dem Bemerkten, daß, da die Entscheidung der gestellten Frage verfassungsmäßig nur dem Bundesrat zustehe, er Anstand nehmen müsse, sich ohne vorgängiges Einverständnis mit dem Bundesrathauschluß über die Frage zu äußern. Der Ausschuß hat sich einstimmig dafür entschieden, daß die von der mecklenburgischen Regierung beabsichtigte Maßregel dem Zollvereins-Vertrage vom 8. Juli 1867 nicht entgegenstehe und also wohl ausführbar sei. Der Reichskanzler teilte die Ansicht des Ausschusses der mecklenburgischen Regierung unter der Erklärung mit, daß er sich der Ansicht des Ausschusses nicht anschließen könne. Er führt diese seine Ansicht an der Hand seiner Auffassung des Zollverein-Vertrages aus und gibt der mecklenburgischen Regierung anheim, falls dieselbe die Frage der Einführung der Veranlagungsweise für die von den Rübenzucker-Fabriken zu entrichtende Gewerbesteuer gleichwohl in Aussicht nehmen sollte, eine Beschlussnahme des Bundesrates herbeizuführen. Die mecklenburgische Regierung hat in Folge dessen eine solche jetzt bei dem Bundesrat beantragt. — Die Tabakssteuervorlagen werden in der nächsten Bundesrathssitzung endgültig festgestellt und jedenfalls während der Ferien gleichfalls noch an den Reichstag gelangen. Vorläufig sind dazu noch keine Motive vorhanden, und es werden solche für den Reichstag jedenfalls noch abgefaßt werden. Vielleicht unter Benutzung der Motive, welche dem vorjährigen Entwurf beigegeben waren, dessen Inhalt auch im Text vielfach belibthalten worden ist.

[Die parlamentarische Lage.] Die „N.-L. C.“ schreibt: Nicht ohne ein gewisses Gefühl der Befriedigung hat der Reichstag seine Ferien begonnen können. Das Arbeitsprogramm, welches für die erste Hälfte der Session in Aussicht genommen war, ist im Großen und Ganzen bemäßigt worden. Mit dankenswerther Ausdauer sind die Mitglieder auf dem Posten gewesen; trotz der bereits herrschenden Ferienstimmung war das Haus auch am letzten Tage, wie die wiederholte notwendig gewordene Stimmenzählung ergab, noch in reichlich beschäftigter Zahl versammelt. Die Hauptaufgabe dieser Zeit, die Beratung des Reichshaushaltspolans für das Finanzjahr 1879/80, ist trotz der zahlreichen wirthschaftlichen Debatten glatter als je vor Stämmen gegangen; zum ersten Male seit der Verlegung des Etatsjahrs gelang es, den Staat vor dem gesetzlichen Termine des 1. April zum Abschluß zu bringen. Mehrere wichtige Gesetzesentwürfe sind seit jetzt gefördert worden, daß sich ein ersprechlicher Ausgang der Beratung vorhersehen läßt. In erster Linie nennen wir den Gesetzentwurf gegen den Handel mit gesundheitsschädlichen Nahrungs- und Genussmitteln, der einem unleugbar vorhandenen Bedürfnis entspricht. Die Gebührenordnung für Rechtsanwälte ist soeben in der Commissionsberatung zum Abschluß gebracht. Die Novelle zum Wechselstempelsteuergesetz hat die zweite Lesung passiert; die Gesetzesentwürfe über das Haftpfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldschriften, sowie über die Consulargerichtsbarkeit sind an besondere Commissionen verwiesen. Nur die ganz neuendrungen eingearbeitete Vorlage wegen Aufhebung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Concursverfahrens konnte noch nicht in Beratung genommen werden. Auf Anregung aus der Mitte des Hauses sind Commissionen mit der Frage von Versorgungs-Kassen für fränkische und alterschwächere Arbeiter und deren Angehörige, mit der Frage einer Abänderung der Gewerbeordnung, mit der Frage von Mahregeln gegen den Bucher beschäftigt. In letzterer Beziehung kann mit Sicherheit angenommen werden, daß eine Ergänzung des Strafgesetzbuchs zu Stande kommen wird, welche gegen die wucherische Ausbeutung der Noth wirtschaftliche Abhilfe verspricht. Dagegen sind bezüglich der beiden ersten Fragen positive Ergebnisse für diesen Fall kaum zu erwarten. Von den sonstigen Anregungen aus der Mitte des Hauses haben wir diejenige wegen einer selbstständigen Regierung für Elsass-Lothringen herbor. Die Debatte darüber ergab die erfreuliche Gewißheit, daß in der staatsrechtlichen Organisation des Reichslandes schon in nächster Zeit ein weiterer bedeutsamer Schritt vorwärts gethan werden kann. Erwähnen wir noch die Annahme verschiedener internationaler Verträge, des Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn, des Weltpoli-Vertrages, der Convention über Mahregeln gegen die Reblaus, so ist das Bild der positiven Thätigkeit bis auf einen Punkt vollständig. Dieser Punkt steht in Verbindung mit dem bedeutsamsten negativen Schritte der letzten Zeit, mit der Ablehnung des Gesetzes-

entwurfs, betreffend die Strafgevallt des Reichstages über seine Mitglieder. Gleichzeitig mit der Zurückweisung dieses Eingriffs in seine Autonomie beauftragte der Reichstag seine Geschäftsordnungs-Commission mit einer Revision der Geschäftsordnung, die allem Antheil nach mit einer Verstärkung der Disziplinarbefugnisse des Präsidenten enden wird. — Die Erinnerung an die Strafgevallt vorlage führt von selbst auf den unverkennbaren Unterschied, der zwischen der Stimmung der parlamentarischen Kreise am Beginn und denjenigen am Schlüsse dieser Sessionshälfte besteht. Ohne Zweifel sind die düstern Befürchtungen, welche die ersten Wochen des Reichstags beherrschten, heute zum großen Theil gewichen. Thatsache ist, daß damals Bielen das Vorgetragen der Reichsregierung nur unter einer Bedingung verständlich erschien, daß eine baldige Auflösung geplant werde; Thatsache ist andererseits, daß heute der Glaube die Oberhand hat, die Regierung werde sich mit diesem Reichstag zu verständigen suchen. Wir forchten nicht weiter nach den Gründen dieses Umsturzes; wir vermeiden auch jeden Versuch, die dermalen herrschende Zuversicht zu erschüttern. Der bloße Ausblick in den zweiten Theil der Session genügt, um die Schwierigkeiten erkennen zu lassen, unter welchen die parlamentarische Lage auch ferner leiden wird. Es ist schlechterdings unmöglich, daß eine Angelegenheit, welche die ganze Nation so bis in ihre tiefsten Tiefen aufgewühlt hat, wie die Frage der Zoll- und Steuerreform, nunmehr im entscheidenden Stadium ohne Kampf zum Ausdruck kommen sollte. Zu verkennen ist freilich nicht, daß die Schrift, mit welcher durch das Schreiben vom 15. December und durch den bekannten Satz der Thronrede zwei wirtschaftspolitische Systeme einander gegenüber gestellt wurden, in den jetzt vorliegenden tatsächlichen Vorschlägen erheblich gemindert erscheint.

[Statistische Gebühr.] Die Zolltarifcommission hat mit der gestern erfolgten Beschlussschrift über den Gesetzentwurf betreffend die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs ihre Arbeiten definitiv beendet. Der Entwurf stimmt fast genau mit demjenigen überein, der schon im April 1878 dem Reichstage zuging. Der Gebühr unterliegen beim Export alle Waaren, beim Import dieseljenigen, welche der Tarif zollfrei läßt. Die Höhe der Gebühr beträgt:

- 1) Bei ganz oder theilweise verpackten Waaren für jedes Kilo 5 Pf.;
- 2) bei unverpackten Waaren für je 1000 Kilo 10 Pf.; 3) bei Koblenz, Coats, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Rohseilen, Dünngemüse u. a. vom Bundesrat zu bezeichnenden Massengütern in Wagenladungen oder Schiffen verpackt oder unverpackt für je 5000 Kilo 10 Pf.; 4) bei Pferden, Maulthieren, Eseln, Hindernis pro Stück 10 Pf.; bei Schweinen, Schafen und Ziegen für jedes Stück 5 Pf.

[Falsch-Reichslassen-Schein.] Die Reichsschulden-Verwaltung erläßt folgende Bekanntmachung: In neuerer Zeit sind falsche Reichsschulden-Scheine, und zwar in Stücken zu fünfzig, zwanzig und fünf Mark, zum Vorschein gekommen und angehalten worden. Wir sichern denjenigen, welcher einen Verdächtiger oder wissentlichen Verbreiter solcher Falschstücke zuerst ermittelt und der Polizei- oder Gerichtsbehörde dergestalt nachweist, daß der Verbrecher unter Aufsuchung und Strafe gezogen werden kann, eine nach Umständen zu bemessende Belohnung bis auf Höhe von 5000 Mark zu.

[Verbote auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.] Der „socialdemokratische Arbeiterverein“ in Gebr. Die Nummern 18—20 des in Kehl erscheinenden Wochenblattes „Rheinbote“ und zugleich das ferne Erscheinen dieses Blattes.

Schweiz.

Zürich, 1. April. [Aus der Bundes-Versammlung.] — Die Wiederherstellung der Todesstrafe. — Der Handelsvertrag mit Italien.] Die Bundesversammlung ist diesmal mit einem sehr unerfreulichen starken Reactionsgeruch heimgegangen; sie hat aus der Bundesverfassung einen Edelstein ausgebrochen. Es lebe die Todesstrafe! triumphiren jetzt die 30,000 Petenten; wenn wieder geklopft (leider nicht geprügelt) wird, dann haben wir doch mal a Ruh! Nebenwegen steht der Endentscheid noch bei Volk und Ständen. — Nach dem Ständerath hatte der Nationalrat die Todesstrafe zu behandeln. Berichterstatter Seeger konnte nur einen Minderheitsantrag (von ihm und zwei anderen Ultramontanen) vorlegen, welcher dem Ständerath zustimmen wollte. Die anderen 6 Mitglieder der Commission hatten sich auf verschiedene Anträge zerstreut, welche teils Verschiebung der Frage und Verweißung an den Bundesrat, teils Aufrechthaltung des Art. 65 der Bundesverfassung bezweckten. Seeger bekannte sich persönlich als Gegner der Todesstrafe; es handelt sich hier aber darum, den Cantonen ihr Strafrecht voll und ganz zurückzugeben. Wenn der Nationalrat dem Ständerath nicht stimmt, so könnte die Revision leicht einen gefährlichen Umfang gewinnen. Weiter ergriffen alle übrigen Commissionsmitglieder das Wort. Philippin hob hervor, daß auch viele Kundgebungen gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe erfolgt seien, befürwortete die Deportation oder Errichtung von Centralanstalten für schwere und für jugendliche Verbrecher und erklärte die Todesstrafe vom sittlichen Standpunkt für durchaus verwerflich. Ihre Wiedereinführung verlege die Volkswürde und noch mehr die Würde der Behörden, die dazu Hand bieten; ganz Europa und Nordamerika schauten auf uns, wie wir, ein freies würdiges Volk, die Frage lösen; die Zuschriften, die aus allen Theilen der civilisierten Welt eingelaufen seien, bewiesen dies. Den Cantonen könne man unmöglich die Macht über die Todesstrafe zurückgeben; derselben hätten gar kein geschriebenes Strafrecht, gesetzten also die reinste Willkür im Hinrichten und Prügeln. Redner wies auch auf die Möglichkeit der Justizmorde hin. Burchard trat gleichfalls gegen die Revision des Art. 65 auf und verlangte vollständige Centralisation des Strafrechts und der Strafgerichts-Pflege, welche in der ganzen Welt viel leichter sei, als eine Centralisation der Civilrechts-Pflege; das deutsche Reich sei mit dem großartigen Beispiel der Unification des Strafrechts vorangegangen. Künzli, obwohl schon durch Jugendfeindschaft gegen die Todesstrafe eingenommen, beantragte eine neue Redaktion des Art. 65 durch den Bundesrat in dem Sinne, daß das „unbedingte“ Verbot der Todesstrafe aufhebe. Scherb sprach gegen die tödstrafliche Motion Freuler und die blutdürstigen Petitionen. Brunner wies die Ungleichheit des Strafvollzuges in den meisten Cantonen nach; in den Zuchthäusern müsse oft ein geringerer Verbrecher neben einem Mörder arbeiten und für jugendliche Verbrecher seien sie geradezu die Hochschule für die Verbrecherlaufbahn. Man müsse daher Strafrecht und Strafvollzug centralisieren, auch schon der Kosten wegen; in der Schweiz komme ein Strafling jährlich auf 643 Francs zu stehen, während in Holland auf 430, in Belgien auf 343, in Frankreich auf 330, in England auf 280, in Sachsen auf 265, in Preußen auf 260. Bei der Centralisation würde der Ruf nach Wiederherstellung der Todesstrafe verstummen. Arnold meinte, die Todesstrafe sei für den Verbrecher nicht so qualvoll, wie die lebenslängliche Zellenhaft in Bruchsal, Berlin u. c., wo sehr viele Straflinge schon nach einigen Jahren in Irrsinn verfielen. Escholt erwähnte, daß in seinem Glarner Landchen seit mehr als 40 Jahren kein Todesurteil mehr vollstreckt worden sei; durch Milde der Strafjustiz milderten sich auch die Sitten, während rohe Strafen Röheit im Volksleben

hervorriesen. Bundesrath Anderwert vertheidigte die bundebräthliche Botschaft. Stellten wir die Todes- und Prügelstrafe wieder her, so werde die ganze civilisirte Welt glauben, die Schweiz befindet sich in einem Zustand moralischer Versezung. Ein wirkliches Bedürfniß, diese Strafarten wieder zuzulassen, liege nicht vor; weder lasse sich erweisen, daß die Abschaffung der Todesstrafe eine demoralisirende Wirkung ausgeübt habe, noch dürfe man angesichts der Erfahrungen in Staaten, welche die Todesstrafe beibehalten haben, hoffen, daß die Wiedereinführung derselben einen Einfluß im Sinne einer Verminderung der schweren Verbrechen üben werde. Man möge also nicht an der Bundesverfassung rütteln, welche ein Compromiß gewesen zwischen romanischen Cantonal-Souveränen und germanischen centralisirenden Anschauungen. Mit förmlich stiftlicher Entrüstung betritt von Planta aufs Entschiedenste, daß der germanische Geist nach Unificierung hinstrebe; die Geschichte der germanischen Völker beweise das Gegenteil und erst die modernen deutschen Rechtslehrer predigten diese in Berlin eingefogene Lehre von dem germanischen Unificierungsstreben. In der Schweiz aber sei das „Berlinerstie“¹, die „Gleichmacherei nicht mehr die herrschende Strömung. Nach dem Art. 65 würden noch andere Artikel baldigst fallen müssen (damit man wieder auf die Wasserlinie der Bundesverfassung von 1848 herabsinke). Ruchonet bekämpfte in feuriger Rede die Wiedereinführung der Todesstrafe. In der Abstimmung erklärten sich 65 gegen 62 Stimmen für den Antrag Burchardt: keine Revision! Der Gegenstand wanderte nun in den Ständerath zurück, wo denn Mehrheit und Minderheit sich noch weidlich über verschiedene Anträge herumtrausten. Mehrere Redner, auch Bundesräthe, tadelten ernstlich, daß man den Bundesrath nun gänzlich umgehe und nicht noch einmal anhören wolle. Bundesrath Welli warnte u. A. noch ernstlich vor der entehrenden Strafe des Prügels, die noch nie ein freies Volk bei seinen Bürgern angewendet; sie dürfe in der Schweiz nie wieder eingeführt werden. Der Ständerath verharrte mit 27 gegen 13 Stimmen auf seinem ersten Beschlus: Aufhebung des Art. 65 der Bundesverfassung. Nun zweite Beurtheilung im Nationalrath. Die Commission war wieder uneinig: 4 Mitglieder gegen Revision, 2 für Verweisung an den Bundesrath, 3 für Beitritt zum Ständerath. Es wurde noch eifrig hin- und hergedrückt. Frei und Weber mahnten eindringlich, die Bahn des Fortschritts nicht zu verlassen; wenigstens Ein Rath solle treu an der Bundesverfassung festhalten, dann werde auch das Volk seinen Führern folgen. In der Abstimmung aber warf der Nationalrath die Klinke ins Korn: mit 76 gegen 49 Stimmen trat er zum Ständerath über. Die Verlückung der Mehrheit entstand hauptsächlich dadurch, daß die meisten Waadtländer statt des anfänglichen Nein jetzt Ja sagten, wohl aus Furcht, daß bei einer Verschiebung der Frage ihrer geliebten Cantonal-Souveränetät Gewalt angehant werden könnte. Das Ergebnis ist nunmehr folgendes: „Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft beschließt: 1) Artikel 65 der Bundesverfassung ist aufgehoben. 2) An seine Stelle tritt der folgende Artikel: „Art. 65. Wegen politischer Vergehen darf kein Todesurteil gefällt werden. Körperliche Strafen sind untersagt.“ 3) Dieser Revisions-Artikel ist der Abstimmung des Volkes und der Stände zu unterbreiten. 4) Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt.“ — Von sonstigen Verhandlungen der elbigen Räthe verdient nur noch Erwähnung, daß der vorläufige, bis Ende dieses Jahres geltende Handelsvertrag mit Italien genehmigt wurde. Es hat die allergrößte Mühe kostet, dieses wenig befriedigende Zusammentreffen der heissen Schützönlerei abzupressen, welche anfänglich den Zollcarrell durchaus nicht fallen lassen wollte, d. h. die Schweiz sollte Italien gegen den Schmuggel behilflich sein! — Item, auf Schlesisch kann man sich trösten: Der Vertrag ist zwar schlecht, aber noch lange nicht so schlecht, als wenn er noch einmal so schlecht wäre.

Frankreich.

○ Paris, 2. April. [Aus der Deputirtenkammer.] — Die Eisenbahnvorlage de Freycinet's. — Die Vertagung der Uebersiedlungsfrage. — Der Palast auf dem Marsfeld. — Zur Ausstellungslotterie.] Die Kammer hat gestern die Eisenbahnvorlage de Freycinet's angenommen. Der Senat ist auseinander gegangen, sobald die Debatte über die Rückkehr nach Paris vertagt worden war. Diese Vertagung hat in der republikanischen Presse im Ganzen einen guten Eindruck hervorgerufen, weil aus ihr zu sehen, daß das linke Centrum sich mit den Monarchisten doch nicht so tief eingelassen hatte, als Manche befürchteten mochten. „Die politische Situation hat sich aufgeklärt, sagt die „République Française.“ Dieses Wort führt die Trennung herbei zwischen den Männern, welche wirklich nur einem Skrupel in der in Rede stehenden Frage folgten und denselben, für welche diese Frage im Grunde nur ein Mittel war, das große Werk des 5. Januar zu zerstören. Die Angelegenheit der Uebersiedlung nach Paris bleibt in der Schwebe, aber die Intrigue, der sie zum Vorwande diente, ist misslungen. Diese Männer, welche die Falle gestellt hatten und die schon im Vorous ihre Beute abschätzten, sind in ihren Berechnungen getäuscht worden. Es ist damit nicht Alles gesagt, aber ein wichtiger Punkt ist schon gewonnen.“ Das Ministerium wird ohne Zweifel den sechswöchentlichen Abschluß benutzen, um ein Local für den Senat in Paris ausfindig zu machen, damit man eine Antwort bereit habe für diejenigen Senatoren, welche diesen Mangel an einem Local bisher als einen Grund vorschützen, um in Versailles zu bleiben. Es wird eine ganze Reihe von Gebäuden in Vorschlag gebracht, die nicht zu weit vom Palais Bourbon, dem Sitzungslocal der Kammer entfernt sind, so der Luxembourg, der Invalidenpalast, der vom Brande verschonte Theil der Tuilerien, der Pavillon de Flore. Es ist auch die Rede davon, einen Theil des Palais Bourbon selber zum Sitzungssaale für den Senat umzugestalten und endlich hat der Trocadero-Palast seine Fürsprecher, obgleich er etwas weit von dem Mittelpunkte von Paris entfernt ist. Man würde so eine Bestimmung für den Palast finden, dessen Erhaltung bisher noch als ein kostspieliger Luxus erscheinen kann. Die Regierung weiß nicht, wozu sie ihn verwenden soll und doch wäre seine Zerstörung in jeder Hinsicht bedauerlich gewesen. — Ähnlich steht es mit der großen Galerie des Palastes auf dem Marsfeld, zu deren Niederreibung man sich nicht entschließen kann. Im Ministerconseil soll man gestern wieder beschlossen haben, die Erhaltung wenigstens der Fassade des Ausstellungspalastes und der Gärten, die zwischen ihr und der Seine liegen, zu beantragen. — Die Ausstellungslotterie ist noch immer nicht vollständig liquidirt. Sie verursacht der Regierung mancherlei Verdruss, so daß man das Experiment schweilich so bald wiederholen dürfte. Die Gewinner der großen Lotterie haben zum Theil grausame Täuschungen erfahren. So sind gestern in dem Versteigerungshotel der Rue Drouot einige 50 große Gewinne, Gemälde, Statuen u. s. w. verkauft worden und nur zwei oder drei derselben gaben einen Erlös, der über ein Drittel des vom Staate bezahlten Ankaufspreises hinausging. So wurde ein Gemälde von Gérôme, das für 24,000 Fr. erstanden war, um 8000 Fr. verkauft. Ein Luminaria ging von 3500 auf 3010 Fr. herab, ein Bettler von 14,000 auf 4200, ein Garnier von 7500 Fr. auf 700 Fr. u. s. w.

○ Paris, 2. April. [Die Vertagung der Uebersiedlungsfrage. — Die Steuererträge von 1878.] — Die

Wiedereröffnung des ehemaligen Théâtre historique. — [Für Siegedin.] Es ist heute Commissionstag; die Kammern halten keine Sitzung in Versailles. Unter den Deputirten, die sich zu den Ausschusserathungen im Palais Bourbon eingefunden hatten, war natürlich nur die Rede von dem gestrigen Votum des Senats. Alle Welt schien mit der Vertagung einer Frage zufrieden, welche die Köpfe in der letzten Zeit über Gebühr erhitzt hatte. — Wir haben eine Gesamtübersicht über den Ertrag der indirekten Steuern in Frankreich während des Jahres 1878 vor uns. Sie enthält manches Interessante. Im Ganzen lieferten die genannten Steuern eine Summe von 1081 Millionen. Das ergiebt, im Vergleich zu 1877, eine Zunahme von 31½ Mill. Diese Zunahme erscheint jedoch bedeutender, wenn man erwägt, daß im Laufe des Jahres 1878 mehrere Steuern abgeschafft worden, nämlich die Seifensteuer und die Eisenbahntransportsteuer (sogenannte taxe de petite vitesse). Wenn man dieselben in Rechnung bringt, ist die wirkliche Erhöhung der Einnahmen auf etwa 47 Mill. zu veranschlagen. Die Abgabe auf den Wein, eines der wichtigsten Erzeugnisse Frankreichs, hat nicht zu dieser Erhöhung beigetragen; im Gegenteil, die Weinsteuern lieferte eine halbe Million weniger als im Vorjahr, und Frankreich importierte im Jahre 1878 1,612,000 Liter Wein gegen 707,300 im Jahre 1877... Das ist der ungünstige Ernte von 1877 zuzuschreiben. Dagegen war die Aepfel- und Birnensteuer eine gute und so hat der Cider im 1878 um 1½ M. mehr geleistet als in 1877. Die Brannweine aller Art steigerten ihren Ertrag in stärkerem Verhältnisse als je zuvor. Die besteuerten Quantitäten nahmen um 7 p.C. zu (1,102,358 Hectoliter gegen 1,029,683 in 1877) und der Ertrag um 7½ p.C. (186 M. gegen 173 M.). Dieser Unterschied erklärt sich durch die sorgfältigere Überwachung. Was die Stadt Paris speciell angeht, so hat sie in 1878 etwa 120,000 Hectoliter Brannwein, d. h. um 14,700 mehr als in 1877 consumirt. Das besteuerte Bierquantum ist anderseits um 178,133 Hectoliter und sein Ertrag um etwa 600,000 Fr. gewichen. Dies hängt mit der gesteigerten Ciderproduktion zusammen, denn die Departements, in welchen sich der Ausfall bemerklich macht, sind gerade diejenigen, die vorzüglich den Aepfelwein consumiren. Das Ergebnis der Papiersteuer geht seinen aufsteigenden Gang weiter. Die Zunahme beträgt diesmal ½ M. für das speciell den Journalen bestimmte Papier beträgt sie gegen 100,000 Fr. Die noch bestehenden Eisenbahnsteuern (Transport von Reisenden und Waaren) ergeben, Dank der Ausstellung, eine Zunahme von 9 M. Erwähnen wir schließlich noch des Tabaks, Er lieferte 332 Millionen, d. h. 2½ M. mehr als in 1877. Die größere Consumption erstreckt sich hauptsächlich auf die Cigarren und Cigaretten, namentlich die leichten. Der Verbrauch von Schnupftabak ist in der Abnahme begriffen. — Das ehemalige Théâtre historique ist gestern als Théâtre des Nations unter der Leitung des Kunstkritikers Bertrand mit dem Trauerspiel Camille Desmoulins von Moreau wieder eröffnet worden. Die Vorstellung war eine sehr unruhige. Das Stück, welches in großer Hast geschrieben und aus einer Menge von Citaten und langweiligen Tiraden zusammengesetzt ist, mißt dem großen Publikum, weil es der Handlung entbehrt, den Republikanern, weil es zu reactionär, und den Reactionären, weil es zu republikanisch. Man lobte indeß einstimmig die schöne und historisch interessante Ausstattung. — Die Vorstellungen zu Gunsten der Bewohner von Siegedin dauern fort. Der Verein der dramatischen Künstler veranstaltet in der Großen Oper eine Aufführung für die nächste Zeit. Am 26. d. beabsichtigt Frau Szarvady (Wilhelmine Klaß) unter Mitwirkung von Frau Lalo ein Concert im Pleyel'schen Saale zu geben. Frau Szarvady wird das Concert von Brahms spielen; ferner das 4. Concert von Saint-Saëns und Solostücke von Chopin und Schumann. Die Leitung des Orchesters hat Herr Colonne übernommen. Frau Lalo wird mehrere Nummern aus dem Roi d'Ys, der Oper ihres Gatten, vortragen.

○ Paris, 3. April. [Rückblick auf die jüngste Parlamentssession. — Der Kriegsminister Gresley als Senator. — Die nächsten Deputirtenwahlen.] In der parlamentarischen Welt ist schon eine Art Ferienstimmung bemerklich. Die letzten Sitzungen der beiden Kammern werden nur den Geschäftsvorlagen, die eine schnelle Erledigung erheischen, gewidmet sein, und Gambetta besonders dringt in seiner Eigenschaft als Kammerpräsident darauf, daß man die 4 oder 5 Tage vor der Abreise der Landesvertreter nach Möglichkeit ausnütze. Die eigentlich politische Session ist also als beendigt zu betrachten. In einem Rückblick auf dieselbe kommt die „République Française“ zu dem Erkenntniß, daß man mit dem Gewonnenen wohl zufrieden sein könne. Die definitive Einrichtung der republikanischen Regierung ist allerdings nicht so schnell von Statten gegangen, wie die meisten es gewünscht und gehofft hatten, und es fehlte nicht an einigen Zögernungen, die sich vielleicht wiederholen werden. Schneller wechselt auf dem Theater die Decoration nach der Pfeife des Machinisten. Aber die Wirklichkeit eignet sich weniger als die Bühne für so plötzliche Verwandlungen. Es wäre am Ende ein Wunder gewesen, wenn in den ersten Tagen einer fröhlichen Verirrung Alles so glatt von Statten gegangen wäre, wie bei einem Manöver, wo Alles im Voraus geregelt ist. Auch die anderen Regierungen haben mit allerhand widerwärtigen Hindernissen zu thun. Bloß die Expresszüge konamen zur festgesetzten Minute an und die Sonne selber läßt mitunter auf sich warten, wie in diesem Frühling, der noch weiter im Rückstande ist, als die Politik. „Wir erkennen uns nicht das Recht zu, schließt das Gambetta'sche Organ seinen ungewöhnlich bilde-reichen Artikel, uns für Märtyrer auszugeben, weil wir unausgesetzt unter dem Regen leiden, anstatt Frühlingslüften zu atmen, oder weil unser Auge hier und da beleidigt wird durch einige Ueberreste des 24. Mai, des 16. Mai, die man noch nicht weggefegt hat. Ein wenig Geduld.“ — In der Linken und im linken Centrum des Senats geht man mit der Absicht um, den Kriegsminister General Gresley, den einzigen Minister, welcher keiner der beiden Kammern angehört, zum lebenslänglichen Senator an Stelle des jüngst verstorbenen Léon de Malèville zu wählen. Die auf nächsten Sonntag festgesetzten 21 Deputirtenwahlen erregen beim großen Publikum nur mäßiges Interesse, da ihr Resultat auf den Gang der Ereignisse kaum einwirken kann und da man die Gewissheit hat, daß alle oder beinahe alle Bezirke republikanische Vertreter in die Kammer schicken werden. Die reactionären Parteien treten in den meisten dieser Bezirke mit solcher Zaghaftigkeit auf (wenn sie überhaupt an dem Wahlkampfe Theil nehmen), daß die Republikaner sich ermuthigt fühlen, je nach ihrer Fractionstellung mehrere Candidaten, setzt es vom linken Centrum, der Linken oder der äußersten Linken aufzustellen. Es ist also wahrscheinlich, daß in vielen Bezirken die erste Abstimmung kein Resultat ergeben wird. Dies gilt namentlich für den 8. Pariser Bezirk, der an Candidaten reicher ist, als irgend ein anderer. Nicht nur haben hier die Reactionaires größeren Eifer gezeigt und halten ihre drei Bewerber, der Bonapartist Gobelle, der clericale Binder und der Orleansist Dalligny ihre Candidatur aufrecht, sondern die Republikaner haben sich auch gegen ihre frühere Gewohnheit zersplittet und sie haben nicht weniger

als 4 Candidaten, von denen jedoch Clamageran, der von dem alten republikanischen Wahlcomite unter dem Vorsitz Barthélémy Saint-Hilaire's unterstützt wird, nach wie vor die meiste Aussicht auf Erfolg hat.

Provinzial - Zeitung.

— d. Breslau, 4. April. [Bezirksverein für die Sandvorstadt.] Die Versammlung vom 3. d. M. eröffnete der Vorsitzende, Herr Dr. phil. W. Richter, mit der Mitteilung, der Herr Polizei-Präsident habe auf eine Vorstellung des Comites erwidert, daß sich die Aufstellung eines Schutzmannpostens in Brigittenthal bei dem zeitigen Personalbestande der hiesigen Schutzmänner nicht ermöglichen lasse. — Magistrat hat dem Verein auf sein Eruchen das Freischul-Regulat vom 14. Dec. 1870 mit der zu § 5 a gelegentlich der Erhöhung des Schulgeldes auf den höheren Lehranstalten beschlossenen Abänderung überstand. — Hierauf hielt Referendar Duket einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über die neue Civilprozeßordnung. — Da Maurermeister Zuppert die auf ihn gefallene Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden abgelehnt hat, wurde zu einer Neuwahl geschritten. Dieselbe fiel auf den Kaufmann Schneider. — Das Comite für Errichtung eines Kinderheims überfertigte eine Sammlung und erfuhr um Beiträge. Eine sofort vorgenommene Bezeichnung ergab 30 Mark. — Nächsten Dienstag wird auf Beschluss der Versammlung Herr Fuhrmann den Edison'schen Phonographen und die Notenorgel im Vereinslocal demonstrieren. — Tischlermeister Ludwig macht auf die große Bernachäfung des Domplatzes seitens der Promenaden-Beratung aufmerksam. Es wird beschlossen, an die Promenaden-Deputation das Gesuch zu richten, dem genannten Platz größere Pflege angeudehen zu lassen. — Ein Fragesteller behandelt in eingehender Weise den städtischen Beamten-Stat und glaubt, daß die Momente, welche vor Jahren zu einer Erhöhung der Gehälter geführt, nunmehr in Wegfall gekommen seien. Auch die Arbeitszeit und Arbeitsleistung der Beamten unterwarf Fragesteller einer abfälligen Kritik. Nachdem von einem anwesenden Stadtverordneten darauf hingewiesen worden, daß, wenn sich in der bezeichneten Richtung Nebstände vorfinden sollten, der neue Oberbürgermeister für deren Abstellung sorgen werde, wurde das Schreiben dem Vorstande in näherer Erwähnung überwiesen.

— e. Breslau, 4. April. [Stolz'scher Stenographenverein.] In der am 3. d. M. Abends abgehaltenen Generalversammlung des Vereins Stolz'scher Stenographen brachte der Vorsitzende, Herr Hector Adam, nochmals die Vorwürfe des Dr. Drainhöfer in Berlin, betrifft die Vereinigung der alt- und neufranzösischen Schule, zur Sprache und teilte mit, daß die in Aussicht genommene Conferenz der Vertreter der beiden Schulen in nächster Zeit stattfinden werde. Für den Breslauer Verein wurde als Vertreter zu dieser Conferenz, falls dieselbe in den Osterferien stattfinden sollte, der Vorsitzende des Vereins, im Falle der Behinderung Herr cand. phil. Claus von der Versammlung gewählt. Zur Vorbereitung der für die Conferenz geplanten Vorlagen wurde sodann eine außerordentliche General-Versammlung auf dem 17. d. M. in Aussicht genommen. Nach der Vorbereitung verschiedener interner Angelegenheiten erfolgte gegen 10 Uhr der Schluss der Versammlung.

* In Bezug auf die Erwerbung eines Unterstützungswohnhauses durch Cheleutes hat das Bundesamt für das Heimathwesen fürlich eine wichtige Entscheidung getroffen: In W. war eine Frau, welche dort ungefähr 20 Jahre lang getrennt von ihrem Ehemann gelebt und sich selbstständig ernährt hatte, der Armenpflege im Jahre 1869 anheimgefallen und mußte bis zu ihrem im vorigen Jahre erfolgten Tode unterstützt werden. Sie hatte im Jahre 1848 ihren damals im Dorf S. wohnenden Ehemann eigenmächtig verlassen, und alle darauf von letzterer unternommenen Versuche, das eheliche Zusammenleben wieder herzustellen, waren an der Hartnägigkeit der Frau gescheitert. Darauf hin war der Mann dem Landstreicherleben verfallen und endlich seit dem Jahre 1870 verschollen. Durch, daß der Magistrat von W. annahm, die Frau habe unter solchen Umständen in W. keinen Unterstützungswohnhaft erwerben können, deshalb vom Landmännerverbande Erlass der Kosten, aber vergeblich, verlangte und demnächst zur Klage schritt, gelangte diese Angelegenheit zur Entscheidung an das Bundesamt. Dieses nahm an, daß die Cheleute in W. einen Unterstützungswohnhaft nach § 17 des preußischen Armenpflegegesetzes vom 31. December 1842 nur dann erworben hätte, wenn ihr Zusammenleben vom Ehemann ein befugtes gewesen wäre. Letzteres sei aber nicht der Fall gewesen. Wenn auch die Frau nicht verpflichtet gewesen, ihrem Mann auf dessen Streifzügen zu folgen, so habe doch hierdurch das bisher unbekannte Getrenntleben der Frau sich nicht ohne Weiteres in ein befugtes vermaßelt, da dieselbe nicht verlangen konnte, daß der Mann einen festen Wohnsitz nehme und sie in den Stand setze, zu ihm zurückzukehren, so lange sie selbst ihre Weigerung, das eheliche Zusammenleben fortzusetzen, aufrecht erhält und sich nicht ausdrücklich zur Rückkehr bereit erklärt, was nicht geschehen sei. Hiernach habe die Frau beim Eintritte der Armenpflege das Domicil-verhältnis ihres Ehemannes, welcher unzweckhaft keinen Unterstützungswohnhaft besaß, getheilt. Jedoch sei Kläger durch Versäumnis rechtzeitiger Anmeldung des Erbsanpruchs nach § 34 des Reichsgesetzes vom 6. Juni 1870 der Erbschaftsleistung für die aufgewendeten Armenpflegekosten theilweise verlustig gegangen, ein Rechtsnachteil, gegen welchen der Irrthum seiner Organe in Betreff der Fürsorgepflicht dem Kläger keinen Schutz gewähre, da auch die Erbschaftforderung des Armenterverbandes, der sich von Anfang an irrtümlich für den definitiv verpflichteten gehalten hat, der Bestimmung in § 34 cit. unterliege.

[Klagen gegen Spediteure] wegen gänzlicher Verlustes oder wegen Abminderung, Beschädigung oder späterer Ablieferung des Gutes verjährten nach Artikel 386 des Handelsgesetzbuches nach einem Jahre. In Bezug auf diese Bestimmung hat das Reichs-Oberhandelsgericht durch Erkenntniß den Rechtsgrundfaß ausgesprochen, daß unter diese kurze Verjährungsfrist nur derjenige Verlust resp. Schaden fällt, welcher das Gut überhaupt bei der Ausführung der übernommenen Versendung trifft, mag er auf dem Transporte selbst, oder bei der Empfangnahme, der Aufbewahrung resp. Auslieferung eingetreten sein. Handelt es sich dagegen um den Verlust, die Verhärtigung u. s. w. von Gütern, welche ein Spediteur nicht zur Bevorzugung der Verbindung, sondern nur zur Aufbewahrung übernommen hat, so findet darauf die im Artikel 386 a. a. D. bestimmte kurze Verjährungsfrist keine Anwendung, vielmehr sind die darauf bezüglichen Klagen nach den einschlagenden landesgesetzlichen Bestimmungen zu beurtheilen.

— ch. Görlitz, 2. April. [Zum goldenen Hochzeitsfeste. — Schulnachrichten. — Ingenieur Niehn.] — Ein Görlitzer im Kaffernkriege. — Oberbürgermeister Gobbin.] Zur goldenen Hochzeit des Kaiserpaars beabsichtigt ein Damencomitee, bestehend aus überwiegend adeligen Damen, die Stiftung einer Oberlausitzer Freistelle in dem unter dem Protektorat der Kaiserin stehenden Augustshofspital. Der Aufruf, aus dem man auch ersehen kann, was für eine geborene jede der Damen ist, wendet sich an die Frauen der Lausitz und fordert sie auf, die gesammelten Beiträge an das Landsteueraamt in Görlitz zu senden oder an einer der Unterzeichnungen abzuführen. Der hiesige Militär-Begräbnis-Unterstützungs-Verein, der 935 Mitglieder zählt, hat beschlossen, zu demselben Zwecke ein Asyl für arme Waisen verstorbenen Cameraden zu begründen und dasselbe Waisenhaus des Militär-Begräbnis-Unterstützungs-Vereins Wilhelms-Liebe zu Görlitz 1879 zu nennen. Beiträge dazu werden auch von Nichtmitgliedern angenommen. Die Mitglieder haben bei der ersten Sammlung 110 Mark aufgebracht. — Das Programm des hiesigen Gymnasiums weist darauf hin, daß der am 15. Juli vorigen Jahres von der Schulfachcommission der Stadtverordneten-Versammlung gefasste Beschluß „die Zahlung der Wohnungsgeldzuschüsse als solder und nicht in der Form von Gehaltszulagen ist als nicht länger ausschließbar anerkannt“, von dem Magistrat noch nicht zur Ausführung gebracht ist, und daß, da seit einiger Zeit die Zahlung des Wohnungsgeldzuschusses auch an den städtischen Gymnasien zu Liegnitz, Beuthen und Königsbrück erfolgt, Görlitz und Schweidnitz gegenwärtig in der Provinz Schlesien noch die einzigen Städte der zweiten Serviceklasse sind, deren Lehrer diesen seit 1873 außerwärts gewährten Zuschuß nicht erhalten, obwohl selbst Städte der 3. und 4. Serviceklasse, wie Waldenburg und Wohlau, denselben zahlen. Die Frequenz des Gymnasiums ist seit vorigem Jahre etwas gestiegen, von 215 auf 235 im Sommersemester, wozu im Wintersemester noch 6 neue kamen. Von den 241 sind nur 48 auswärtige Schüler, es wird also bald das Ideal der städtischen Verbünden erreicht sein, daß die Schule nur von Einheimischen besucht wird. — Ingenieur Niehn, der in dem Gewerbevereine, wie im technischen Vereine ein sehr thätiges Mitglied war, hat einen Ruf als Dozent an das Polytechnicum in Hannover erhalten. Hier war er als Techniker thätig. — Unter der Überschrift „Ein Görlitzer im Kaffernkriege“ bringt die „Niederschlesische Zeitung“ den Brief eines Stubenmalers von hier, der seit Ende 1877 in Südafrika in englische Dienste getreten ist, erst als Fußsoldat, dann als leichter Cavalier. Er hat in dieser Eigenschaft einen Streifzug gegen den Bululafers König Seacani, der die Goldgräber im Südosten bedroht hatte, mit unternommen, der resultlos blieb, weil das Land ein zweites Montenegro ist und auf dem

Rückzüge die Hauptstadt eines anderen Käffernstamms, der Schwäbë, niedergebrannt. Ende December war er im Begriff mit gegen Cetevavo zu ziehen, von dem er schreibt, daß er 66,000 Mann, alle mit Feuerwaffen versehen, und von europäischen Offizieren einerseit, haben solle. während die englische Armee nur 2000 Mann stark sei. — Oberbürgermeister Gobbin wird zur Befestigung seiner Gefundheit einen verlängerten Urlaub benutzen, um eine Reise nach Italien zu unternehmen. Die Cur in Meran soll günstig gewesen sein.

J. P. Glaz, 3. April. [Handelschule.] Vor einigen Wochen haben Mitglieder der hiesigen Kaufmannschaft einen Verein unter dem Namen „Kaufmännischer Verein“ gegründet, der sich die Wahrnehmung kaufmännischer Interessen allgemeiner, kommerzieller und localer Natur, ferner die Pflege der Fachwissenschaft unter den Berufsgenossen, die Heranbildung der Handelsjugend und endlich die Förderung der Gelehrtheit unter den Mitgliedern zur Aufgabe gestellt hat. Zur Erreichung der beiden erstgenannten Zwecke sollen Versammlungen und geeignete Vorträge dienen, während bezüglich der Heranbildung der Handelsjugend die Gründung einer Fortbildungsschule für Handelslehrlinge erstrebt werden soll. Letzteres hat denn auch der Verein auf besondere Anregung des Herrn Bürgermeister Schüller in der That schon so weit bewerkstelligt, daß die Handelschule gestern Nachmittag in einem Klassenzimmer des evangelischen Schulhauses feierlich eröffnet werden konnte. Die Leitung und Beaufsichtigung des Instituts ist einem vom Verein aus seinen Mitgliedern gewählten Curatorium, die Ertheilung des Unterrichts aber Herrn Neumann, Lehrer der Handelschule zu Schweidnitz, übertragen worden. Zu der feierlichen Eröffnung der Schule waren auch Vertreter der Presse eingeladen. Der Vorsitzende des Curatoriums, Herr Kaufmann Scholz, leitete die Feierlichkeit durch eine kurze, passende Ansprache an die Anwesenden unter Abstaltung eines besonderen Dankes an Herrn Bürgermeister Schüller und durch Vorlesung der Schulregeln ein, die er mit einer an die Böblinge gerichteten Mahnung zum Fleiß und der Bemerkung abschloß, daß sie gar nicht genug lernen könnten. Kenntnisse seien Brodt. Hierauf bewies Herr Neumann in längerer Rede die Notwendigkeit von Handelschulen, die Pflicht zu deren Gründung, nannte die Resultate, die sie bereits geliefert haben und noch liefern können, und erläuterte seinen Lehrplan, den er nach dem Muster des aus allen größeren Handelschulen und Handelsakademien eingeführten Lehrplanes entworfen. Die Rede wurde mit vieltem Beifall aufgenommen. Anwesend waren nur 24 Böblinge, doch sollen ca. 36 zum Besuch der Schule angemeldet sein, während mehr als 70 Handlungsschüler in Glaz gezählt werden. Wir wünschen dem Institut das beste Gedeihen.

n. Bernstadt, 4. April. [Zum versuchten Kindesmord.] — Aufgefunden Leiche. — Höhere Töchterschule. — Lehrer-Verein. — Privat-Turncursus. Ueber den vor einigen Tagen gemeldeten versuchten Kindesmord ist aus sicherer Quelle noch Nachstehendes zu berichten: Laut Aussage der eigenen Mutter des Frauensimmers, das jetzt bereits 28 Jahr alt ist, hat ihre Tochter im Alter von 16 Jahren in Breslau schon einmal in ganz ähnlicher Weise, wie jetzt, geboren. Zwischen beiden Fällen liegt ein Zeitraum von 12 Jahren. Ob sie damals deshalb in Untersuchung gezogen worden ist, konnte Referent nicht erfahren. Das Frauensimmer entschieden die Absicht gehabt hat, das Kind zu beseitigen, geht schon aus ihrem Leugnen hervor und hat das kleine Geschöpf nur der Umstift und schnellen Entschlossenheit der Frau Postmeister Hiller das Leben zu verdanken. Als Frau H. nämlich wiederholte das nur schwache Wimmen eines Kindes vernahm, riß sie rasch entschlossen ein Brett der Senkgrube in die Höhe und sah nun auch beim Schein der Laternen das Kind mit dem Mundtheile in der Faust liegen. Da sie selbst es nicht erreichen konnte, nahm sie schnell eine Stange und wälzte es wenigstens aufs Trockne. Mit Hilfe eines Postunterbeamten wurde dasselbe dann herausgebracht. Diesmal durfte die unnatürliche Mutter einer Bestrafung wohl nicht entgehen. — Vor einigen Tagen wurde der schock starke in Verwesung übergegangene Leichnam einer unbekannten männlichen Person auf Vorstadt Bernstädtner Terrain vom Weidefuß als Ufer geworfen. — Vorigen Dienstag fand die Prüfung der Böblinge der höheren Töchterchule des Fr. C. Heimann statt und ergab dieselbe befriedigende Resultate. — In der letzten Lehrer-Vereinsbildung wurde als Delegierter des hiesigen Lehrer- und Pestalozzi-Zweig-Vereins zu den künftigen Ostern in Breslau stattfindenden Versammlungen des Provinzial-Lehrer und Pestalozzi-Vereins, Lehrer Schubert, gewählt. Außerdem fanden noch Berathungen über verschiedene, die Schule betreffende wichtige Fragen statt. — Die Kinderärztin Fr. Paula Kloß beabsichtigt im bevorstehenden Sommer-Halbjahr einen Privat-Turncursus für Mädchen vom fünften bis zwölften Jahre zu eröffnen. Fräulein Kloß ist als tüchtige Mädchen-Turnlehrerin hier bekannt und hoffen wir, daß das Unternehmen hinreichende Unterstützung finden wird.

C. Neisse, 3. April. [Realschule.] — Wohlthätigkeit vorstellungen. — Festungscommandanti. Das soeben herausgegebene Programm der Realschule erster Ordnung enthält eine von dem Director der Anstalt, Dr. Carl Sondhausen verfaßte wissenschaftliche Abhandlung und zwar „Ableitung der Säcke über das ebene Dreieck aus den Säcken der sphärischen Trigonometrie.“ Den Schulnachrichten entnehmen wir, daß die Anzahl im verflossenen Schuljahr insgesamt von 298 Schülern belichtet worden ist, von denen 159 aus Neisse und 139 von Auswärts waren; 208 Schüler gehören der katholischen, 69 der evangelischen und 21 der jüdischen Confession an. Von den katholischen Schülern besuchten 15 den Religionsunterricht des altkatholischen Pfarrers Jas. J. St. Otern vorigen Jahres erhielten 6, zu Michaelis vorigen Jahres 1 und am 20. März c. 13 Abiturienten das Zeugnis der Reife. Von den diesjährigen Abiturienten widmet sich je einer dem Baufach, dem Bergfach, dem Pfadistent, dem Studium der Medicin, der Mathematik, den neuen Sprachen und den Naturwissenschaften, je 2 beabsichtigen, sich dem Steueraufschluß, der Landwirtschaft und dem Militärdienst zu widmen. Im Lehrerpersonal sind Veränderungen nicht vorgekommen, außer daß der Candidat Dr. Hosch zu findet im Stadttheater zum Besuch der Verunglückten von Schwedt untergeordnete Gesangvereine, der humoristischen Musikgesellschaft „Brumme“, 23. und 63. Infanterie-Regiment, der Bürger-Pflicht und den beiden Capellen vom Besten der Bewohner von Schwedt ebenfalls im Stadttheater eine Theater-Offizier-Kasse und der Kriegsschule. — Der Generalmajor und Commanlichkeit, die noch eine Folge der im deutsch-französischen Kriege erlittenen Verwundungen ist, in den Ruhestand getreten und hat seinen Wohnsitz nach Hirschberg verlegt.

R. B. Oppeln, 3. April. [Handlungsschule.] Der Wintercurius 1878/79 der Handlungsschule hat mit der Prüfung ihrer 30 Schülern am 1. d. M. seinen Abschluß gefunden; die Prüfung hat im Allgemeinen recht erfreuliche Resultate des Unterrichts gezeigt. Als Vorsteher der Schule fungirt Herr H. Domrowski, als Lehrer der kaufmännischen Wissenschaften Herr Buchhalter A. Neugebauer, als Lehrer des Elementar-Unterrichts, Herr Lehrer Pierko. Der Unterricht erstreckte sich auf sämmtliche Comptoir-Wissenschaften, Correspondenz, einfache Buchführung, Wechselrechnung, Handels-Geographie und kaufmännisches Rechnen. Den beschäftigten Schülern wird im Laufe des Sommers noch ein weiterer Unterricht in der doppelten Buchführung durch Herrn A. Neugebauer ertheilt werden. — Gestern Abend von 8—10½ Uhr fand im Form'schen Saale ein vom Secretär des Vereins „Landesstiftung, Nationaldank für Invaliden“, Herrn Woitol, zum Besten der im Regierungsbezirk Oppeln noch lebenden Veteranen von 1806 und 1813—15 veranstaltetes und vom Capellmeister, Herrn Schröder, dirigirtes Concert statt. Dem wohlthätigen Zwecke hatten hervorragende Dilettanten ihre Kräfte geliehen: „Das „Spinnerlied“ (Violin-Solo), vorgetragen von Herrn Lanke, Arie aus den „Jahreszeiten“, „Schon eilet froh der Ackermann“, gelungen von Herrn Horbergten Hauptmann, „Die beiden Grenadiere“ (Posaumen-Solo), vorgetragen von Herrn Schröder, Concertino (Clarinetten-Solo vorgetragen von Herrn C. Suffrion, ein Polka-Pourri (Violin-Solo im Flageolet), zu Gehör gebracht von Herrn Woitol, sowie die von Chor und Orchester ausgeführte „Kaisermusik“, komponirt von Herrn Capellmeister Schröder, erwarben zug wohlverdiensten reichen Beifall. Der Veteranen, welchen der Ertrag dieses Concerts nach Abzug der Unkosten zu gute kommt, leben im hiesigen Regierungs-Bezirk noch 211, von denen der jüngste 82, der älteste (im Kreise Rybnik) beinahe 100 Jahre zählt.

Nachrichten aus der Provinz Posen.

k. Rawitsch, 3. April. [Sammlung. — Innungen. — Kram- und Viehmarkt. — Verunglückt.] In Folge des Aufrufs vom 1. December v. J. sind für die Abgebrannten in der Stadt Dubin hiesigen Kreises aus dem Regierungsbezirk Posen 1307 M. eingegangen. — Ver-

gangene Woche hatten diejenigen hiesigen Handwerkmeister, für deren Gewerbe hierorts keine Innung besteht, die aber eine solche zu bilden oder einer bestehenden sich anzuschließen gedenken, unter Vorbeh. des Herrn Bürgermeister Weissig im Sessionssimmer des Rathauses eine Versammlung. Die Meister der übrigen Innungen berathen, nachdem sie sich schon vor einiger Zeit in einer General-Versammlung über allgemeine Bestimmungen geeinigt hatten, eifrig ihre Special-Statuten. Wie verlautet, sind alle Beteiligten dahin überein gekommen, die hiesige obligatorische Fortbildungsschule nach Kräften zu unterstützen. Die Wiederbelebung der Innungen wird in unserer Stadt auf wenige Hindernisse stoßen, da die Meister durch ihre Sterbekassen immer noch eine Art Verband unter sich haben. — Bei dem letzten Kram- und Viehmarktwaren 1959 Stück Rindvieh, 800 Stück Pferde, 463 Stück Schweine und 821 Hörner aufgetrieben. Die Schweine behaupteten ihre früheren Preise; dagegen wurden die Preise für Rindvieh und Pferde um 20 pCt. gegen früher heruntergedrückt. — In dem Dorfe Gerlach bei Bojanow ließ die Frau eines Arbeiters ihre beiden Kinder unbedarftheit in der Nähe eines Kessels, in welchem sich siedendes Wasser befand. Das älteste der Kinder, ein Mädchen von drei Jahren, kletterte auf eine in der Nähe des Kessels stehende Bank und stürzte in das siedende Wasser. Als die Mutter hinzukam, war das Kind bereits tot. Nach Entfernung der Kleider konnte man der Verunglückten die Hautstückweise vom Fleische ziehen. Möge dieser schreckliche Fall allen unvorsichtigen Müttern zur Warnung dienen.

k. Rawitsch, 4. April. [Jubiläum. — Prüfungen. — Inspection.] Vergangenen Dienstag feierte Herr Lehrer Burghardt in Polnisch-Damm, einem ½ Meile von hier entfernten Dorfe, sein 50-jähriges Amtsjubiläum. Von allen Seiten wurden dem Jubilar, der ein treuer Arbeiter im Amte und ein höchst achtbarer Mann ist, Beweise der Hochachtung und Liebe zu Theil. Um 11 Uhr versammelten sich die Schuljugend, einige Gemeindeglieder, die beiden Schulinspektoren und eine Anzahl Lehrer zu einer Feier im festlich geschmückten Schulcasale. Herr Superintendent Kaiser gedachte in einfacher, aber tief ergriffenden Worten der Verdienste des Jubilars und überreichte ihm an Stelle des zur Cur in Ems weilen Landrats, den Hohenzollernischen Haussorden. Pastor Fähner gratulierte im Namen der Lehrer seines Inspectorats und überreichte ein wertvolles Geschenk. Lehrer Kunert überbrachte die Wünsche des Rawitscher Lehrer-Vereins, der den Jubilar gleichfalls durch ein Gebehr erfreute. Rührend waren die Worte, die der Nestor nicht bloss der Rawitscher, sondern wohl überhaupt preußischen Lehrer, der das 57. Jahr amtierte Hauptlehrer Hipp auf an seinen Collgen richtete. Ein einfaches Frühstück in der Familie des Geehrten, wobei die üblichen Toaste mit humoristischen Reden und Gefang abwechselten, vereinigte die Theilnehmer am Fest bis in die späten Nachmittagsstunden. Herr Burghardt verwaltet seine jetzige Stelle seit 48 Jahren. — Gestern wurden die Prüfungen in den städtischen Schulen beendet. Das Resultat ist ein durchweg befriedigendes gewesen. — Vorgestern Abend langte hier Herr Generalmajor v. Massenbach mit seinem Adjutanten aus Posen an, um das hiesige Bataillon zu inspizieren. Die Inspection nahm gestern den größten Theil des Tages in Anspruch.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 4. April. [Börse.] Der geschäftliche Verkehr an heutiger Börse blieb ziemlich eingeschränkt, die Stimmung war wohl im Ganzen fest, es fehlte aber an jeglicher Anregung. Zu regerer Thätigkeit und zum selbstständigen Vorgehen fanden sich die Hausspeculanter nicht geneigt. Von der Wiener Börse trafen anfänglich recht feste Notierungen ein, später Depeschen ließen aber eine gewisse Abschwächung erkennen, die mit ungünstigen Nachrichten aus Rumänien motiviert wurde. Bei der Ungewissheit über die Tragweite dieser Meldung gewann leichtere auch Einfuß auf den Gang des hiesigen Geschäfts und es verminderten sich nicht nur die an sich schon wenig umfangreichen Umsätze, sondern es nahm auch die Tendenz einen Anflug von Matthei an. Gegen Schluss befestigte sich die Haltung wieder etwas. Döster. Creditactien wurden verhältnismäßig am regsten umgesetzt, hielten sich aber unter geringen Schwankungen auf ihrem gestrigen Niveau. Franzosen und Lombarden bebeitigten sich nur wenig am Verkehr. Die österr. Nebenbahnen trugen eine seife Physiognomie; ganz besonderer Beliebtheit erfreute sich Elisabeth-Westbahnh, Galizier behauptet, Rubolzbahn sehr gut, Elbthalbahn wiederum gedrückt. Die localen Speculationseffecten waren wenig lebhaft. Disconto-Commandanttheile ließen etwas nach. Ein lebhaftester Geschäft entwidelt sich in den ausländischen Staatsanleihen, namentlich waren sämmtliche ungarische und österreichische Renten beliebt, 1860er Loose rege, Italiener vernachlässigt, Türken still. Russ. Werthe recht fest, 5proc. Anleihe per ultimo 86½—86%. Russ. Noten per ultimo 200 bis 199½ (Vorprämie 201½), per Mai 200½—200 (Vorprämie 202½/2%). Preußische und andere deutsche Staatspapiere fest und mäßig belebt. Eisenbahnprioritäten gut behauptet, aber ruhiger als in den letzten Tagen. Von auswärtigen Devisen zeigten sich russische Prioritäten beliebt. Auf dem Eisenbahnienmarkt war die Stimmung anfänglich schwächer, befestigte sich dann aber. Die rheinisch-westfälischen Speculationsdevisen blieben unverändert. Stettiner zogen bei lebhaftem Verkehr etwas an. Potsdamer waren ebenfalls gut zu lassen. Freiburger rege und steigend, auch Altonenbecke höher. Rumänen behauptet, Obligationen besser. Döppreußische Südbahnen matter. Bei mäßigem Geschäft waren Banknoten ziemlich fest, Leipziger Creditbank besser, Braunschweiger Hypothekenbank, Centralbank für Bauten, Sächsische Bank, Köln. Wechslerbank, Warmer Bankverein, Gothaer Grundcredit und Reichsbank zogen in den Courses an. Preußische Bodencreditbank gedrückt, Meiningen-B. matter und Schlesw.-Bankverein weidend. Für Industriepapiere war einige Frage. Große Berliner Pferdebahn ging zu höherem Course um. Charlottenburger Bauschaff.-Gesellschaft beliebt. Wöhrlert Maschinen steigend. Nolte Gasactien büßten von ihrer gestrigen Advance wieder 3 pCt. ein. Montanwerthe waren ziemlich fest und zogen meist in den Courses an. So kamen höher zur Notiz: Dortmundunder Union, Bergelius, Braunschweiger Kohlen, Kölner Bergwerk, Mechemicher und Marienhütte. Dagegen war Louise Tiefbau billiger erhalten.

Um 2½ Uhr: Still. Credit 430,—, Lombarden 120,50, Franzosen 447,—, Reichsbank 153,25, Disconto-Commandant 141,—, Laurahütte 70,37, Türken 12,10, Italiener 77,75, Döster. Goldrente 67,—, Ungarische Goldrente 77,87, Döster. Silberrente —, do. Papierrente 56,62, 5% Russen 86,87, Köln-Mindener 108,62, Rheinische 109,75, Bergische 82,75, Rumänen 30,12, Russische Noten 199,50.

Coupons. (Course nur für Boston.) Österreich-Silberrent. Cr. 173,75 bezahlt, do. Eisenb.-Coup. 173,75 bezahlt, do. Papier im Wien zahlbar min. 50 Pf. l. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,16 bez., do. Eisenb.-Prior. 4,16 bez., do. Papier-Dollars 4,16 bez., 6% New-York-City —, bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. l. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warshaw, Russ.-Engl. conf. —, bez., Russ. Zoll 20,51 bez., zweiter Russen —, Große Russ. Staatsbahn —, bez., Russ. Boden-Credit —, bez., Warshaw-Wiener Comm. —, bez., 8% Rumänische Div.-Sch. p. 78 —, bez., Warshaw-Terespol —, bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Verl. Lit. Obligat. 20,44 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 4. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 20, 485. Pariser Wechsel 81, 07. Wiener Wechsel 174, 00. Böhniische Westbahn 155½. Elisabethbahn 153½. Galizier 203. Franzosen* 223½. Lombarden* 59½. Nordwestbahn 106½. Silberrente 57%. Papierrente 56½. Döster. Goldrente 67½. Ungar. Goldrente 77%. Italiener —. Russ. Bodencredit 77. Russen 1872 84%. Neue russ. Anleihe 87½. 1860er Loose —. 1864er Loose 280, 50. Creditactien* 214%. Döster. National-Bank 703, 50. Darmstädter Bank 122%. Meiningen Bank 78%. Hess. Ludwigsbahn 74. Ungarische Staatsloose 178, 00. do. Schatzanweisungen 104%. do. Ostbahn-Obligationen 11. 67%. Central-Bank 106%. Reichsbank 153%. Reichs-Anleihe 98%. II. Orientanleihe 57%. Köln-Mindener Prämien-Antheilschein 124%. Döster —. Abgebrückt. Renten fest.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 214½, Franzosen —, Lombarden —, Döster. Goldrente —, Ungar. Goldrente 77, Galizier —, Orientanleihe —, 1877er Russen —, 1860er Loose —.

* per medin resp. per ultimo.

Hamburg, 4. April, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-P. A. 120, Silberrente 56%, Döster. Goldrente 67½, Ung. Goldrente 76½. Creditactien 213½, 1860er Loose 117, Franzosen 558, Lombarden 149, Italien. Rente 78. Neueste Russen 87, Vereinsbank 121, Laurahütte 70%, Commerzbank 102%, Norddeutsche 138%, Anglo-deutsche 33%, Intern. Bank 87%, Amerik. de 1885 96%, Köln-Minden. St.-A. 108½, Rhein. Eisenbahn do. 110, Bergisch-Märkische do. 83, Disconto 2½. Schwach. Silber in Barren per Kilogr. 146, 25 Br. 145, 75 Gd.

Wechselpreise: London lang 20, 39 Br. 20, 33 Gd., London kurz

20, 51 Br. 20, 43 Gd., Amsterdam 168, 20 Br. 167 60 Gd., Wien 173, 25 Br. 171, 25 Gd., Paris 80, 60 Br. 80, 20 Gd., Petersburger Wechsel 199, 50 Br. 195, 50 Gd.

Hamburg, 4. April, Nachm. [Getreide-markt.] Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen ver April-Mai 181 Br. 180 Gd., per Juli-August 186 Br. 185 Gd. Roggen per April-Mai 116 Br. 115 Gd., per Juli-August 122 Br. 121 Gd. Hafer 311. Gerste flau. Rüböl matt, loco 60%, ver Mai-Juni 38½ Br. per Mai-Juni 38½ Br. 30 Gd. — Kaffee fest, Umsatz 2000 Sac. Petroleum ruhig, Standard white loco 9, 10 Br. 9, 00 Gd., per April 8, 80 Gd., per August-December 9, 75 Gd. — Wetter: Trüb.

Liverpool, 4. April, Vormittags. [Baumwolle.] Baumwolle (Anfangsbericht.) Muthmaschler Umsatz 15,000 Ballen. Ergeht, steigend, auf Zeit ½, D. theurer. Tagesumsatz 3000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 4. April, Nachm. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 B. Uplands ½, andere Amerikaner und braune Egypter ½, Swiss ½ D. höher. Middle-amerik. Juli-August-Lieferung 6%, August-September-Lieferung 6½ D.

Manchester, 4. April, Nachm. 12½ Water Armitage 6½, 12½ Water Taylor 7½, 20 Water Micholls 8½, 30 Water Gidlow 8%, 30 Water Clayton 10, 40 Water Mayoll 8½, 40 Water Winton 10, 60 Water Warwicks Qualität Nowland 9½, 40 Double Weston 10, 60 Double Weston 13½, Printers 10½, 14½, 8½ Gd. 90. — Steigend.

Petersburg, 4. April, Nachm. 5 Uhr. [Produktenmarkt.] Talg loco 63, 00. Weizen loco 13, 50. Roggen loco 7, 75. Hafer loco 4, 75. Hanf loco —. Leinwand 9 (Bud) loco 15, 75. — Wetter: Warm.

Pest, 4. April, Vorm. 11 Uhr. [Produktenmarkt.] Weizen loco und Termine matt, per Frühjahr 8, 55 Gd., 8, 60 Br. — Hafer ver Frühjahr 5, 55 Gd., 5, 60 Br. — Mais (Vanat) per Frühjahr 4, 92 Gd., 4, 95 Br. — Wetter: —.

Paris, 4. April, Nachm. [Produktenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per April 27, 25, per Mai 27, 25, per Mai-Aug. 27, 50, per Juli-August 27, 50. Mehl matt, per April 60, 00, per Mai 60, 25, per Mai-Aug. 60, 25, per Mai-August 60, 25. Rüböl ruhig, per April 82, 25, per Mai 82, 50, per Mai-August 82, 75, per September-December 56, 00. — Wetter: Schön.

